



Linz, am 13. Dezember 2011

XXVII

Jugendarbeitslosigkeit1211.doc

## **SPÖ fordert von Sigl mehr Effizienz bei Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit**

*LABg. Müllner: "Sigl verteilt Millionenbeträge nach dem Gießkannenprinzip."*

"Das Institut für höhere Studien bescheinigt den oberösterreichischen Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit unzureichende Effizienz. Die SPÖ tritt daher schon seit Monaten für eine Jugendausbildungsgesellschaft ein, die der zuständige ÖVP-Landesrat Sigl aber ablehnt. Eigene Initiativen für bessere Koordinierung und höhere Effizienz bei den Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit bleibt Sigl jedoch schuldig", argumentiert SPÖ-Landtagsabgeordnete Petra Müllner. Allein im Jahr 2009 wurden gemeinsam mit dem AMS für 147 Maßnahmen und Förderungen für Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren 66 Mio. Euro ausgegeben, im Jahr 2010 wuchsen die Ausgaben auf 92 Mio. Euro an.

Bei einer Fachtagung der Arbeiterkammer Oberösterreich am 12. Dezember präsentierten die Experten Lorenz Lassnigg vom Institut für Höhere Studien und Bernhard Heinzlmaier von T-Factory Trendforschung eine Reihe von Maßnahmen zur Eindämmung von Jugendarbeitslosigkeit. So müssen etwa die guten Initiativen zur Förderung und Qualifizierung von jungen Menschen ohne Arbeit in Oberösterreich noch besser koordiniert werden, um größtmögliche Effizienz zu erreichen. Auch Schulen, Vereine und Wirtschaft sind stärker in die Netzwerkarbeit einzubauen. Ähnlich argumentieren auch die ExpertInnen der OECD.

SPÖ-Landtagsabgeordnete Petra Müller ist überzeugt, dass an sämtlichen verfügbaren Hebeln angesetzt werden muss, um Jugendarbeitslosigkeit einzudämmen. Sowohl das Schul- und Bildungssystem wie auch die Wirtschaft sind dabei in die Pflicht zu nehmen. Junge Menschen mit Migrationshintergrund oder ohne mittleren bzw. höheren Schulabschluss leiden überproportional unter Jugendarbeitslosigkeit. "Um den Betroffenen zu helfen, sind maßgeschneiderte niederschwellige Angebote erforderlich, die die Jugendlichen dort abholen, wo sie stehen. Man muss die Lebenssituation der Jugendlichen bei den Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit aktiv mitberücksichtigen", betont Müllner.

Wie notwendig Verbesserungen im Bildungssystem sind, um zukünftige Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden zeigen die realen Fakten: 44 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen verfügen maximal über einen Pflichtschulabschluss. 69,4 Prozent der 3906 jugendlichen SchulleistungssteilnehmerInnen verfügen über keine Berufsausbildung. Das Arbeitslosigkeitsrisiko von Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss ist fast drei Mal so hoch wie für Menschen, die eine Lehrausbildung abgeschlossen haben. "Die flächendeckende Neuen Mittelschule und qualitativ hochwertige Ganztagschulen sind daher wichtige Schritte auch im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit", ist Müllner sicher.

"Der zuständige ÖVP-Landesrat Sigl ist dringend gefordert, ein schlüssiges Konzept für bessere Koordinierung der Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit vorzulegen", so Müllner.